



Klimakrise konsequent und sozial gerecht bekämpfen

Die Klimakrise stellt die grösste Gefahr für unsere Zukunft dar. Forscher:innen warnen schon seit den 1980er Jahren¹ vor der Erhitzung unseres Planeten. Trotz unzähliger Klimakonferenzen und Abkommen passierte bis heute deutlich zu wenig. Die Krise wurde und wird nicht angemessen bekämpft, sondern weiter befeuert. Davon profitieren einige wenige auf Kosten von uns allen. Die Ursache ist klar - das kapitalistische Wirtschaftssystem hält sich lediglich durch die Ausbeutung von Mensch und Natur. Der Preis der kurzfristigen Profitmaximierung einiger wenigen Ultra-Reichen steigt für die restliche Weltbevölkerung ungebremst in den Bereich des Unbezahlbaren. Wollen wir die Katastrophe angemessen eindämmen, führt uns dies zwingend weg vom kapitalistischen Wirtschaften. Die Zeiten für Märchenstunden über ewiges Wachstum sind vorbei. Mit ihnen stirbt, angesichts der unausweichlichen Realität endlicher Ressourcen, auch das Wunschdenken über einen "grünen" Kapitalismus. Die ökosozialistische Wende muss so bald wie möglich vollzogen werden, um eine sichere und lebenswerte Zukunft für uns und kommende Generationen zu sichern.

Erhitzung stoppen – 1.5-Grad-Ziel anpeilen

Die Schweiz hat 2015 mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens² zugestimmt, Massnahmen zu ergreifen, um die Erhitzung des Weltklimas auf deutlich unter 2°C zu begrenzen. Erstrebenswert ist das 1.5 Grad-Ziel, da dieses gemäss Modellrechnungen zu massiv weniger negativen Folgen führen soll.³ Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir so schnell wie möglich unsere Treibhausgasemissionen (THGE) senken. Weiter muss die Auslösung bestimmter Kippunkte⁴ unbedingt vermieden werden. Ein Beispiel dafür ist das Schmelzen der Polkappen. Sind die Pole eisfrei, reflektiert die Wasseroberfläche weniger Sonnenstrahlen und nimmt somit mehr Energie auf, sie erhitzt sich also stärker.⁵ Die Forschung zeigt, dass eine Erwärmung von über 1.5 Grad die Wahrscheinlichkeit des Erreichens solcher Kippunkte erheblich steigert.⁶ Der Klimastreik fordert daher auch aus der Perspektive der Klimagerechtigkeit seit Anbeginn die THGE bis 2030 auf Netto-Null abzusenken. Die Delegierten der SP Schweiz haben diese Position mit der Resolution "Solidarität mit den Klimastreikbewegungen" an der DV vom 2. März 2019 in Goldau unterstützt. Mit abgeschwächten Forderungen, die die SP Schweiz oder die Fraktion seither aufgestellt hat, nehmen sie eine Erhitzung von 2°C oder mehr in Kauf. Dies wäre für Milliarden von Menschen verheerend und entspricht nicht dem demokratischen Willen der Delegiertenversammlung von 2019. **Die SP Schweiz setzt sich deshalb konsequent für das Ziel von Netto-Null THGE bis 2030 im Inland ohne Kompensationsmassnahmen und mit dem vom Klimastreik vorgeschlagenen Absenkpfad⁷ ein.**

¹ <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/klimawandel/klimawandel-klimaforschung-geschichte-historisch-100.html>

² <https://unfccc.int/process/conferences/pastconferences/paris-climate-change-conference-november-2015/paris-agreement>

³ <https://www.wwf.at/artikel/folgen-der-klimakrise-15-grad-versus-2-grad/>

⁴ Kippunkt: kritischer Punkt, bei welchem bei Überschreitung eine "Klimakettenreaktion" droht

⁵ <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/diese-4-kippelemente-beschleunigen-die-klimaerwaermung/>

⁶ <https://www.science.org/doi/10.1126/science.abn7950>

⁷ <https://climatestrike.ch/movement>

Gegen ein weiteres ungenügendes Co2-Gesetz

Der Bund hat es offensichtlich verpasst, mit einer konsequenten Klimapolitik eine Zukunft für alle zu sichern. Das revidierte CO₂-Gesetz, welches dem Schweizer Stimmvolk im Juni 2021 vorgelegt wurde, nahm einerseits überproportional die arbeitende Bevölkerung statt die grossen Verursacher:innen in die Verantwortung. Dazu sollten $\frac{1}{3}$ der CO₂-Emissionen im Ausland kompensiert werden. Hiermit zeigt sich in erster Linie der klare politische Unwille, den Status Quo zu verändern und das Ruder noch rechtzeitig herumzureissen.

Im Dezember 2021 lag bereits ein neuer Vorschlag des Bundesrats mit SP-Bundesrätin Sommaruga als Vorsteherin des BAFU auf dem Tisch. Tatsächlich scheint man es geschafft zu haben, die Vorlage noch mehr zu verwässern, denn der neueste Gesetzentwurf beruht lediglich auf Anreizen, statt auf Vorschriften und massiven öffentlichen Investitionen. Gleichzeitig sollen nun nur noch knapp die Hälfte der Einnahmen durch die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe rückverteilt werden, während es bei der vorherigen Version noch $\frac{2}{3}$ waren.⁸ Die schon finanziell privilegierten Hauseigentümer:innen sollen also beim Auswechseln von fossilen Heizungen noch stärker von der Abgabe profitieren, die mehrheitlich durch Mieter:innen finanziert wird. Gleichzeitig sind keinerlei Kontrollmechanismen angedacht, welche Mieter:innen vor Leerkündigungen oder illegitime Mietzinserhöhungen schützen sollen.⁹

Für die arbeitende Bevölkerung handelt es sich bei diesem Entwurf um eine Verschlechterung auf mehreren Ebenen. Das 1.5°C-Ziel wird gar nicht erst angepeilt und somit klar verfehlt - die Konsequenzen dieses bürgerlichen Klimaschutzes werden wir tragen müssen. Währenddessen könnten sich nun Unternehmen in allen Sektoren von der CO₂-Abgabe befreien lassen, allein durch einen vagen und unverbindlichen Plan, wie ihre Emissionen gesenkt werden könnten.

Die SP kann ein revidiertes CO₂-Gesetz nicht erneut unterstützen, solange grosse Unternehmen und der Schweizer Finanzplatz nicht in ihren klimaschädlichen Machenschaften eingeschränkt und die arbeitende Bevölkerung entlastet werden. Griffige Pläne für das Einhalten von ambitionierten Klimazielen gibt es genug, so beispielsweise der Climate Action Plan¹⁰, welcher vom Klimastreik zusammen mit Wissenschaftler:innen entworfen wurde. Die SP unterstützt deshalb diesen Massnahmenplan.

Macht der Strasse

Im Kampf gegen die Klimakrise hat sich der rein parlamentarische Weg nicht als zielführend herausgestellt. Trotz der riesigen Proteste der Klimabewegung seit dem Jahr 2019 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die gelinde gesagt moderate Revision des CO₂-Gesetzes im Jahr 2021 an der Urne versenkt. Wohlgermerkt: Nach der Ablehnung des Gesetzes im Jahr 2018 durch das Parlament, wäre ohne Druck der Strasse eine solche Vorlage 2021 wohl gar nicht erst vorgelegt worden.

Die Klimakrise wird offensichtlich noch immer alles andere als sozial gerecht bekämpft und das 1.5°C-Ziel rückt in weite Ferne. Sogar gegen den im Parlament ausgearbeiteten indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, der erst 2050 als Zieljahr für Netto-Null festschreibt, wird nun von der SVP mit einem Referendum torpediert.

⁸ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90389.html#:~:text=Mit%20dem%20revidierten%20CO2%2D%20Gesetz,Zeit%20von%202025%20bis%202030>.

⁹ Dyttrich, Bettina: Klammheimlich schrumpft der Bonus, in: WOZ (Nr. 51), 23.23.2021, [<https://www.woz.ch/2151/neues-co2-gesetz/klammheimlich-schrumpft-der-bonus>], Zugriff: 12.10.22.

¹⁰ Climate Strike Switzerland/Huggel, Christian (et al.): Climate Action Plan, 08.01.2021, [<https://climates-trike.ch/de/posts/cap-download>].

Es ist deshalb klar: **Die SP muss sich auch dem ausserparlamentarischen Kampf auf der Strasse verschreiben.** Der Fokus der SP Schweiz darf zukünftig nicht mehr so stark auf die Bundeshausfraktion ausgerichtet sein. Was wir jetzt brauchen, ist einen radikalen Wandel.

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wenn die SP als relevante Kraft im Kampf gegen die Klimakrise ernstgenommen werden will, muss sie ihre Verantwortung auch entsprechend wahrnehmen. Alles andere wäre scheinheilig und verheerend - es bleibt keine Zeit mehr für billige Kompromisse, jetzt gilt es mutig voranzuschreiten, um eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Als grösste linke Partei der Schweiz ist die SP in der Verantwortung, überall mit aller Kraft mitzuwirken und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Klimakrise sozial gerecht und konsequent zu bekämpfen.